

Antrag

der Abgeordneten Martin Hess, Dr. Bernd Baumann, Dr. Gottfried Curio, Steffen Janich, Dr. Christian Wirth, Marc Bernhard, Marcus Bühl, Dr. Malte Kaufmann, Jörn König, Edgar Naujok, Uwe Schulz, Dr. Harald Weyel und der Fraktion der AfD

Elf-Punkte-Plan zum Schutz der Grenzen und vor unregulierter Massenmigration sofort umsetzen – Frühzeitige Unterrichtung des Parlaments bei kritischen Massenmigrationslagen sicherstellen

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Die Gewerkschaft der Polizei (GdP) geht nach Medienberichten davon aus, dass die Zahl der Flüchtlinge, die Deutschland erreicht, in den kommenden Monaten weiter deutlich ansteigen wird. Man stelle derzeit etwa 1500 illegale Einreisen pro Woche an den Grenzen fest. Dabei werde es sicherlich nicht bleiben. Mit jedem Monat, der wärmer wird, würden mehr Menschen kommen, so der GdP-Vorsitzende (www.welt.de/politik/deutschland/article244378399/Zahl-der-Migranten-wird-laut-Polizeigewerkschaft-deutlich-zunehmen.html).

Eine ungebremste Asylzuwanderung aus Drittstaaten, in Verbindung mit einer Fluchtbewegung aus der Ukraine, überfordert unser Land. Im März diesen Jahres sind die dramatischen Auswirkungen und Hilferufe der Länder, Landkreise und Kommunen kaum mehr überhörbar (www.welt.de/politik/deutschland/plus244334805/Kommunen-ueberlastet-Jetzt-wird-Ruf-laut-freiwillige-Migranten-Aufnahme-auszusetzen.html; www.faz.net/aktuell/politik/inland/unterbringung-von-fluechtligen-kommunalverbaende-warnen-vor-ueberlastung-18730133.html).

Die Bemühungen in den vergangenen Jahren um ein Gemeinsames Europäisches Asylsystem haben nach wie vor zu keinen nennenswerten Fortschritten geführt, wodurch umso mehr die Eigenverantwortung der Nationalstaaten wieder in den Vordergrund rücken muss. Gefragt sind nun mehr denn je robuste und umfangreiche Grenzschutzmaßnahmen neben einer effektiven Rückführung. Ein starker parteiübergreifender politischer Rückhalt im Parlament ist dafür unerlässlich.

Die tschechische Regierung hat wegen der zunehmenden Migration auf der Balkanroute bereits im September 2022 mit Grenzkontrollen zur Slowakei begonnen. Beamte der Polizei und der Grenzschutzbehörde haben Station an 27 früheren Grenzübergängen an der 250 Kilometer langen Grenze bezogen. Ziel sei es, gegen Schleusergruppen vorzugehen, erklärte dazu der tschechische Innenminister Vít Rakusan (www.nzz.ch/international/migrationskrise-in-europa-die-wichtigsten-fakten-und-

news-ld.1535949). Nach offiziellen Angaben wurden knapp 12.000 sogenannte Transitmigranten seit Anfang des Jahres (2022) erfasst, die ein anderes Zielland angegeben haben. Dabei sollen die meisten von ihnen aus Syrien stammen (ebenda).

Laut den Vereinten Nationen sind am 14. März 2023 bereits über acht Millionen Flüchtlinge aus der Ukraine in Europa registriert worden (<https://data.unhcr.org/en/situations/ukraine>). Über eine Millionen Menschen sind inzwischen aus der Ukraine nach Deutschland geflohen (www.bundesregierung.de/breg-de/themen/krieg-in-der-ukraine/unterstuetzung-gefluechtete-ukraine-2167006). Zwölf von 16 Bundesländern sind nun bereits an ihre Grenzen gestoßen, wenn es um die Verteilung und Unterbringung von Flüchtlingen geht (www.rnd.de/politik/ukraine-fluechtlinge-12-von-16-bundeslaendern-haben-keinen-platz-mehr-WR7MFB4XHNAE7EVWYQ2IFFXIQQ.html).

Zudem gibt es in einigen Bundesländern Probleme, allen Kindern einen Schulplatz anzubieten (www.tagesschau.de/inland/gefluechtete-bundeslaender-unterbringung-ukraine-101.html). Das Redaktionsnetzwerk Deutschland (RND) berichtet unter Berufung auf das Bundesministerium des Innern und für Heimat (BMI), dass Asylbewerber aus anderen Staaten zu dieser Überlastung beitragen (ebenda). Der Landkreistag warnt inzwischen vor Zuständen wie 2015 und 2016 (www.rnd.de/politik/fluechtlinge-aus-ukraine-kapazitaetsgrenzen-zustaende-wie-zur-fluechtlingskrise-20152016-vermeiden-D5GMCDKPJNDXXJUQDRTPP5AHVI.html).

Diese Warnungen sind mehr als berechtigt. Nach wie vor ist beispielsweise der derzeitige Zustrom an syrischen Migranten unter den Asylerstantragsstellern mit über 29 Prozent erheblich. Daneben bilden Afghanen mit 17 Prozent den zweithöchsten Anteil an Erstantragsstellern (BAMF – Aktuelle Zahlen Februar 2023, S. 9).

Auch ein Blick in die Türkei verdeutlicht die angespannte Lage und das gewaltige Migrationspotenzial, das sich noch auf den Weg nach Europa und insbesondere nach Deutschland als eines der Hauptzielländer in Bewegung setzen kann. Ca. 3,6 Millionen syrische Flüchtlinge leben derzeit in der Türkei. Die Türkei soll laut Berichten deren Rückkehr in ein von der Türkei im Norden Syriens angestregtes Siedlungsprojekt planen (www.dw.com/de/erdogan-will-eine-million-syrischer-fl%C3%BChtlinge-heimschicken/a-61676817; www.trtdeutsch.com/news-turkei/turkei-bereitet-projekt-fur-freiwillige-ruckkehr-einer-million-syrer-vor-8730336).

Hierzu gibt es ernstzunehmende Befürchtungen, dass diese stattdessen dann in die Europäische Union weiter-reisen wollen (<https://jungfreiheit.de/politik/ausland/2022/syrer-planen-fluecht-lingskarawane-in-die-eu/>).

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

1. den Innenausschuss des Deutschen Bundestages mit sofortiger Wirkung zeitnah, dauerhaft, schriftlich und vor allem proaktiv über lagerelevante Ereignisse zum Migrationsgeschehen an deutschen Grenzen oder mit einem Bezug zu Deutschland zu informieren, da es nicht mehr hinnehmbar ist, dass das Parlament die dringend benötigten Informationen erst über die Presse erfährt, beziehungsweise über einen im Nachgang zur Presseberichterstattung aufgesetzten Bericht der Bundesregierung im Innenausschuss und damit zu einem Zeitpunkt erhält, wenn sich der Migrationsdruck an den deutschen Grenzen bereits wieder deutlich verschärft hat. Eine effektive und zeitnahe parlamentarische Kontrolle des Regierungshandelns wird andernfalls bewusst konterkariert;

2. die Bekämpfung illegaler Migration und den Schutz deutscher Grenzen unter die Federführung des Bundeskanzleramtes zu stellen, um diese Angelegenheit dauerhaft als Chefsache zu behandeln und die wieder verspätete und zögerliche Haltung der Bundesinnenministerin dazu zu kompensieren. Illegale Massenmigration ist kein temporäres Ereignis, sondern muss mit einem dauerhaft angelegten soliden Krisenmanagement bewältigt werden, ohne über die frühzeitigen Warnzeichen hinwegzusehen oder dies gegenüber dem Parlament solange unerwähnt zu lassen, bis es nicht mehr verschwiegen werden kann;
3. zur umgehenden Lagestabilisierung und Verhinderung weiterer illegaler Grenzübertritte nach Deutschland, sofortige temporäre stationäre Grenzkontrollen zur durchgehenden Sicherung der Landgrenzen, insbesondere mit Blick auf Polen, Tschechien und die Schweiz einzuführen: Exemplarisch für den besonderen Eilbedarf sind die Entwicklungen an der Grenze zur Tschechien, da es dort neben der Grenze zur Schweiz im Gesamtjahresvergleich 2021/Ende 2022 die höchste Zunahme an illegalen Grenzübertritten gab (in Bezug auf Tschechien war ein Anstieg um 280 Prozent, in Bezug auf die Schweiz sogar ein Anstieg um 315 Prozent zu verzeichnen, vgl. dazu die Antwort der Bundesregierung zu Frage 1 der Kleine Anfrage der AfD-Fraktion auf BT-Drucksache 20/5609);
4. im Rahmen dieser Lagestabilisierung Gewahrsamszentren unmittelbar an den Grenzen zur Sicherung sofortiger aufenthaltsbeendender Maßnahmen im Falle von unzulässigen Schutzanträgen einzurichten sowie in diesem Kontext eine Bündelung der Kräfte der Bundespolizei, des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge (BAMF), dem Technischen Hilfswerk (THW) und dem Bundesamt für Logistik und Mobilität (BALM) an den Grenzübergängen anzustrengen;
5. eine konsequente Rückführung von vollziehbar ausreisepflichtigen Ausländern in Verbindung mit der zeitnahen Prüfung der Förderungsmöglichkeit des Ausbaus von Abschiebehaftplätzen zu forcieren (vgl. u. a. auch zur Rückführungsproblematik die vorgeschlagenen Maßnahmen des eingebrachten Antrags der AfD-Fraktion „Die Zeitenwende in der Migrationspolitik mit einer Rückführungsoffensive 2023 einleiten“, BT-Drucksache 20/6184);
6. eine Erweiterung des § 71 AufenthG um eine Zuständigkeit für aufenthaltsbeendende Maßnahmen für aufgegriffene Personen im Zuständigkeitsbereich der Bundespolizei im Inland (z.B. an Bahnhöfen) anzustrengen, da die Bundespolizei damit nicht zuletzt auch ihre internationalen Beziehungen zu anderen Polizeibehörden gewinnbringend nutzen kann, um Identifikationen vornehmen sowie Passersatzpapiere leichter beschaffen zu können;
7. soweit noch nicht vorhanden, mit allen grenznahen Bundesländern Vereinbarungen im Sinne von § 2 Abs. 1 des Bundespolizeigesetzes zu treffen, wie bereits mit dem Freistaat Bayern und der Freien und Hansestadt Hamburg geschehen (s. dazu die Antwort der Bundesregierung auf die Schriftliche Frage 90 des Abgeordneten Martin Hess auf BT-Drucksache 20/3987), damit diese Aufgaben des grenzpolizeilichen Einzeldienstes mit eigenen Kräften zur Lagebewältigung wahrnehmen können;
8. eine drastische Erhöhung des Personal- und Sachhaushaltes der Bundespolizei um mindestens 4.000 zusätzliche Planstellen und zusätzliche 500 Mio. Euro jetzt zeitnah vorzunehmen, um die Bundespolizei nicht bei multiplen Krisenlagen weiter zu überlasten;
9. mit EU-Mitgliedstaaten, durch die bekannte Flüchtlingsrouten führen, auf bilateraler Ebene umgehend weitere Vereinbarungen zur Unterstützung und Überwachung von Grenzen zu treffen und dafür finanzielle Mittel und bei Bedarf Personal für einen robusteren Grenzschutz bereitzustellen;

10. die migrationspolitische Abwärtsspirale durch weitere Pull-Faktoren für illegale Migranten nicht noch weiter zu befeuern und in diesem Kontext auch ein strenges Sachleistungsprinzip für Asylbewerber endlich umzusetzen. Das eingeführte Chancenaufenthaltsrecht für seit fünf Jahren ununterbrochene Geduldete weckt perspektivisch für zukünftige Geduldete neue Hoffnungen, doch noch in Deutschland bleiben zu können. Genauso muss im Übrigen dringend von Überlegungen zur Abschaffung des Asylbewerberleistungsgesetzes, wie dies Teile der sogenannten Zivilgesellschaft bereits fordern, Abstand genommen werden, da dies zur Folge hätte, dass auch Menschen während des laufenden Asylverfahrens sowie Geduldete Bürgergeld bekämen und gleichzeitig die reduzierte Gesundheitsversorgung für diese Gruppen ein Ende hätte. Zur Beendigung dieser Abwärtsspirale sind die eingebrachten Initiativen der AfD-Fraktion umzusetzen (vgl. BT-Drucksache 20/4051: Sozialstaatsmagnet sofort abstellen – Ende des Rechtskreiswechsels für Kriegsflüchtlinge aus der Ukraine und Einführung eines strengen Sachleistungsprinzips für Asylbewerber, BT-Drucksache 20/5995: Entwurf eines Gesetzes zur Behebung von Fehlanreizen im Asylverfahren und zur klaren Trennung von Asyl- und Erwerbsmigration);
11. dem Beispiel Großbritanniens und Dänemarks folgend die Einrichtung eines Programms zu prüfen, durch das in Deutschland ankommende Asylbewerber zur Prüfung ihrer Asylanträge in ein Drittland überstellt werden können (s. in diesem Gesamtkontext auch den von der AfD-Fraktion eingebrachten Antrag „Eine zukunftsfähige Asylpolitik nach dem Vorbild Dänemarks ermöglichen – Opt-Out aus dem Gemeinsamen Europäischen Asylsystem“, BT-Drucksache 20/3931).

Berlin, den 20. April 2023

Dr. Alice Weidel, Tino Chrupalla und Fraktion

Begründung

Aus einem vertraulichen Lagepapier deutscher Sicherheitsbehörden, das WELT AM SONNTAG bereits Anfang September 2022 vorlag, aber bis heute nicht den zuständigen Ausschussmitgliedern im Deutschen Bundestag vorliegt, ging hervor, dass die Anzahl der illegalen Einreisen wieder deutlich zugenommen hat. In Deutschland gelten dem Papier nach die Landesgrenzen zu Österreich und Tschechien als besonders betroffen. In Österreich sei die Situation demnach bereits mit dem Jahr 2015 vergleichbar (www.welt.de/politik/deutschland/plus240960843/Migration-Illegale-Einreisen-nach-Deutschland-steigen-wieder-stark-an.html). Man habe insgesamt in der ersten Jahreshälfte 2022 bereits 36.100 unerlaubte Einreisen festgestellt. Dies sei ein Plus von 47 Prozent im Vergleich zum Vorjahr. Darüber hinaus kam zu Tage, dass auch der Migrationsdruck über Weißrussland weiter anhält (s. dazu bspw. auch die Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der AfD-Fraktion auf BT-Drucksache 20/3755, Nr. 6: Steigerung von Januar 2022 bis Juli 2022 um 107 Prozent).

Eine Sprecherin des Innenministeriums erklärte damals auf Anfrage von WELT AM SONNTAG, dass die meisten Menschen, die illegal nach Deutschland reisen, über die Balkanregion nach Deutschland kämen. Am häufigsten stelle man syrische, afghanische, türkische, irakische und tunesische Staatsangehörige fest. Weiter wird berichtet, dass man in Sicherheitskreisen nicht damit rechne, dass diese Zahlen in absehbarer Zeit wieder zurückgehen werden. Auch dürften die tatsächlichen Zahlen illegaler Einreisen nach Europa wahrscheinlich höher liegen, da an den Grenzen nur stichprobenartig kontrolliert werde (ebenda).

Nach Angaben der Europäischen Agentur für die Grenz- und Küstenwache (Frontex) wurden im Jahr 2022 rund 330.000 unerlaubte Übertritte verzeichnet (2021: 200.120), s. BT-Drucksache 20/5859, Nr. 3. Daraus ergibt sich eine Steigerung von 64,9 Prozent zum Vorjahr. Im BAMF-Berichtsmonat Februar 23 wurden inzwischen 24.027 Erstanträge entgegengenommen. Im Vergleich zum Vorjahr (Februar 2022: 13.915 Personen) ist ein exemplarischer Anstieg um 72,7 Prozent zu verzeichnen (BAMF– Aktuelle Zahlen Februar 2023, S. 4).

Alarmiert von der Lage hatte die Deutsche Polizeigewerkschaft dem BMI bereits Ende September 2022 ein eigenes Strategiepapier zur Bekämpfung der irregulären Migration vorgelegt (www.dpolg-bundespolizei.de/aktuelles/news/wir-stecken-mittendrin-in-der-naechsten-fluechtlingskrise/). Dass sich eine Polizeigewerkschaft dazu gezwungen sieht, ein solches Papier vorlegen zu müssen, lässt nur einen Schluss zu:

Der Bundesinnenministerin, die ihren Blick gänzlich auf den „Kampf gegen Rechts“ aus ideologischen Gründen versteift und jetzt noch als Spitzenkandidatin zur Landtagswahl in Hessen abgelenkt ist, fehlt der erforderliche 360 Grad Blick für andere, weitaus größer dimensionierte Krisenlagen. Ein solch wacher Blick erscheint jedoch unter Berücksichtigung der schweren hausgemachten Energie- und Wirtschaftskrise, verbunden mit einer grassierenden Inflation, jedoch dringlich geboten.

Das bewusste Wegsehen, Verschweigen und zuletzt dann Schönreden von immer wiederkehrenden und sich abzeichnenden Migrationskrisenlagen durch die Bundesinnenministerin spricht Bände und zeigt, dass die Bundesregierung nicht willens ist, nachhaltige und praktikable Lösungen zur Bewältigung von illegaler Migration umzusetzen.

In einer solchen Lage im deutschen Alleingang noch weitere Anreizeffekte durch ein sogenanntes Chancen-Aufenthaltsrecht zu schaffen, bewirkt auch – wie bei der Energiepolitik – bei unseren europäischen Nachbarn nur noch Kopfschütteln und wird die diesbezüglichen Meinungsverschiedenheiten in der Europäischen Union noch weiter verstärken. Unverzüglich müssen deshalb die vorgeschlagenen Maßnahmen des Antrags umgesetzt werden.

